

**Belehrung zu § 6 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten
Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DSG NRW**

Ich, _____
(bitte Vornamen und Familiennamen in Druckbuchstaben einsetzen)

wurde über die Wahrung des Datengeheimnisses nach § 6 DSG NRW belehrt. Ich wurde darauf hingewiesen, dass es untersagt ist, personenbezogene Daten (Mitarbeiter-, Studierenden und sonstige Daten), unbefugt zu einem anderen als dem zur jeweiligen rechtmäßigen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten oder zu offenbaren und dass diese Pflichten auch nach Beendigung der Tätigkeit fortbestehen.

Insbesondere betrifft die vorliegende Erklärung meine Mitwirkung im Berufungsverfahren

Bei meiner Tätigkeit an der RWTH Aachen werde ich die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen strikt einhalten.

Ich wurde darüber unterrichtet, dass Verstöße gegen das Datengeheimnis, insbesondere nach den §§ 33 und 34 DSG NRW mit Freiheits-, Geldstrafe oder Geldbuße geahndet werden können; disziplinar- oder arbeitsrechtliche Maßnahmen werden dadurch nicht ausgeschlossen. Bei Fragen im Zusammenhang mit dem Datenschutz kann ich mich jederzeit an den Datenschutzbeauftragten der RWTH Aachen wenden.

Befangenheitserklärung

Die umseitigen Befangenheitskriterien habe ich zur Kenntnis genommen und erkläre, dass ich meine Befangenheit der oder dem Vorsitzenden der Berufungskommission anzeigen werde, wenn eines der Kriterien auf eine Bewerberin oder einen Bewerber zutreffen sollte.

Aachen, _____

(Unterschrift)

Auszug aus dem Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DSGVO NRW

§ 6 DSGVO NRW – Datengeheimnis

Denjenigen Personen, die bei öffentlichen Stellen oder ihren Auftragnehmern dienstlichen Zugang zu personenbezogenen Daten haben, ist es untersagt, solche Daten unbefugt zu einem anderen als dem zur jeweiligen rechtmäßigen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten oder zu offenbaren; dies gilt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit.

§ 33 DSGVO NRW – Straftaten

- (1) Wer gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, entgegen den Vorschriften über den Datenschutz in diesem Gesetz oder in anderen Rechtsvorschriften des Landes Nordrhein-Westfalen personenbezogene Daten, die nicht offenkundig sind,
1. erhebt, speichert, zweckwidrig verwendet, verändert, weitergibt, zum Abruf bereithält oder löscht,
 2. abrufen, einsieht, sich verschafft oder durch Vortäuschung falscher Tatsachen ihre Weitergabe an sich oder andere veranlasst,
- wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Ebenso wird bestraft, wer unter den in Satz 1 genannten Voraussetzungen Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer nicht mehr bestimmbar Person mit anderen Informationen zusammenführt und dadurch die betroffene Person wieder bestimmbar macht. Der Versuch ist strafbar.
- (2) Absatz 1 findet nur Anwendung, soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist.

§ 34 DSGVO NRW – Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer entgegen den Vorschriften über den Datenschutz in diesem Gesetz oder in anderen Rechtsvorschriften des Landes Nordrhein-Westfalen personenbezogene Daten, die nicht offenkundig sind,
1. erhebt, speichert, zweckwidrig verwendet, verändert, weitergibt, zum Abruf bereithält oder löscht,
 2. abrufen, einsieht, sich verschafft oder durch Vortäuschung falscher Tatsachen ihre Weitergabe an sich oder andere veranlasst.
- Ordnungswidrig handelt auch, wer unter den in Satz 1 genannten Voraussetzungen Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer nicht mehr bestimmbar Person mit anderen Informationen zusammenführt und dadurch die betroffene Person wieder bestimmbar macht.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 EURO geahndet werden.
- (3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten
- a) nach den Absätzen 1 und 2 die Bezirksregierung,
 - b) nach § 43 des Bundesdatenschutzgesetzes und nach § 9 des Teledienstedatenschutzgesetzes der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Befangenheitsregelung für die Mitwirkung in Berufskommissionen

Sollten nach Eingang und Sichtung der Bewerbungen bei einem oder mehreren Bewerberinnen oder Bewerbern eines der Kriterien zutreffen, werden die Mitglieder der Berufungskommissionen gebeten, ihre Befangenheit der oder dem jeweiligen Vorsitzenden der Berufungskommission anzuzeigen. Sie oder er wird die Situation prüfen. Bei Vorliegen einer Befangenheit hat sich das Kommissionsmitglied der Mitwirkung zu enthalten.

Dies gilt insbesondere bei gesetzlichen Ausschlusskriterien nach § 20 Verwaltungsverfahrensgesetz:

- Verwandtschaft ersten Grads, Ehe, Lebenspartnerschaft, eheähnliche Gemeinschaft, Verlobung
 - Geschwister und Verschwägerte in gerader Linie
 - Kinder und Ehegatten der Geschwister und Geschwister der Ehegatten, Geschwister der Eltern
 - Personen, die durch ein auf längere Dauer angelegtes Pflegeverhältnis mit häuslicher Gemeinschaft wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind (Pflegeeltern und Pflegekinder).
- Dies gilt in der Regel auch dann, wenn das Verwandtschaftsverhältnis oder die häusliche Gemeinschaft nicht mehr besteht.

Bei nachstehenden Kriterien ist die Besorgnis der Befangenheit (§ 21 Verwaltungsverfahrensgesetz) durch die Vorsitzende bzw. dem Vorsitzenden im Einzelfall zu prüfen. Das Ergebnis der Prüfung ist zu dokumentieren.

- Unmittelbare wissenschaftliche Konkurrenzsituation
- Eigene wirtschaftliche Interessen an der Entscheidung über die Berufung
- Dienstliche Abhängigkeit oder Betreuungsverhältnis bis zu 6 Jahre nach Beendigung des unmittelbaren Verhältnisses
- Laufende oder aktuelle geplante wissenschaftliche Kooperation

In Zweifelsfragen wenden Sie bitte an das Beratungsteam-Berufung.